

Volksstimme

Volksstimme für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme“ Bielitz, Republikanska Nr. 4 — Telefon Nr. 1294
Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Pommern-Schlesien
je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile,
außerhalb 0,15 Zloty. Anzeigen unter Text 0,60 Zloty,
von außerhalb 0,80 Zloty. Bei Wiederholungen
tarifliche Ermäßigung.

Abonnement: Diergeantagig vom 16. bis 31. 7. ct
1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl.
Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattow-
itz, Seatestraße 29, durch die Filiale Königshütte
Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteurs

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Seatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29).

Postfachkonto B. R. O., Filiale Kattowitz, 300174.

Fernsprechanruf: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 2097

Brauns Abrechnung mit Papen

Ist von Papen von den Nationalsozialisten unabhängig? — Warum Unterschiede zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten? — Wer fördert den Bürgerkrieg?

Berlin. Der seines Amtes enthobene preußische Ministerpräsident Braun übergibt der Öffentlichkeit einen ausführlichen, von heftigen Anklagen durchsetzten Brief an den Reichkanzler von Papen, in dem er noch einmal in aller Ausführlichkeit den bekannten, auch vor dem Staatsgericht zum Ausdruck gekommenen Standpunkt der früheren preußischen Staatsregierung auseinandersetzt.

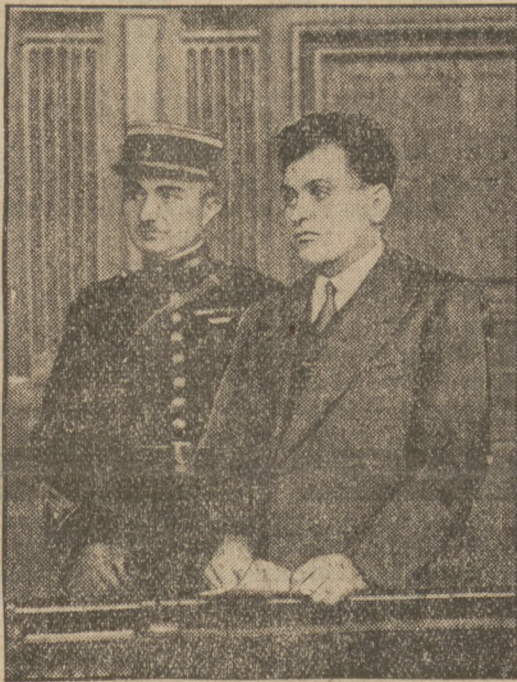
Braun begründet die Tatsache seines offenen Briefes damit, daß er auf sein letztes Schreiben an den Kanzler ohne Antwort geblieben sei,

woraus er entnehme, daß der Kanzler ihm nicht habe Gelegenheit geben wollen, ihm im Rundfunk zu erwidern.

Er, Braun, wünsche nur, daß die unter der Leitung des Kanzlers stehende Regierung ebenso unabhängig von der Nationalsozialistischen Partei wäre, wie die „verfassungsmäßige preußische Regierung“ von der kommunistischen Partei.

Das Verlangen, grundsätzlich und von vornherein die Anhänger der NSD anders als die der Nationalsozialistischen Partei zu behandeln, widerspreche der Reichsverfassung. Die von rechtsradikaler Seite verübten Mordtaten an Erzberger und Rathenau, die Gememorde und die ungezählten anderen politischen Blutthaten seien in der Erinnerung des deutschen Volkes noch zu frisch.

Die unaufhörlichen Drohungen mit „Köpfe rollen“ und anderen Todesarten für politische Gegner hätten mindestens in demselben Maße wie verabschiedene wertvolle kommunistische Rohstoffe und Blutthaten das politische Leben Gesamtdeutschlands vergiftet. Auch jetzt würden täglich und nützlich nationalsozialistische Ueberrfälle auf Leben und Eigentum Andersdenkender, zum Teil mit bewaffneter Hand, verübt. Nur die vorbildliche Disziplin und Besonnenheit der republikanischen Parteien habe bei dem von schweren Eingriffen in die staatsbürgerliche Freiheit begleiteten verfassungswidrigen Vorgehen in Preußen vor Blutvergießen und Bürgerkrieg bewahrt.



Gorgulow zum Tode verurteilt

Paris. Im Gorgulow-Prozess fällt das Gericht am Mittwoch abend nach kurzer Beratung der Geschworenen, die die beiden ihnen vorgelegten Fragen mit Ja beantwortet hatten, das Urteil. Der Mörder des französischen Staatspräsidenten Doumer wurde zum Tode verurteilt.

Der Verteidiger des Angeklagten hatte auf Geistesunzurechnungsfähigkeit plädiert. Während seiner Ausführungen gestikulierten der Angeklagte wie ein Wahnsinniger, riß den Kragen ab und schrie immer wieder: „Tötet mich, tötet mich!“

Nach 18 Jahren

Man wird gerade nach dem Verlauf der ersten Phase der Abrüstungskonferenz nicht behaupten wollen, daß die Menschheit aus den Folgen des 28. Juli 1914 die nötigen Lehren gezogen hat. Mehr denn je, ist man auf dem Weg weiterer Aufrüstungen, um die Völker in ein „neues Stahlbad nationaler Erziehung“ hineinzutreiben, selbst, wenn man noch so eifrig bemüht ist, verschiedene Abkommen zu treffen, die angeblich nichts anderes, als die Bewahrung des „Friedens“ zum Ziel haben. Aber nur allzu deutlich wird den breiten Massen, die allein und ausschließlich die Opfer und Kosten solcher „nationalen Taten“ zu tragen haben, begreiflich gemacht, daß sie nicht einmal auf den Gang der Entscheidungen irgend einen Einfluß haben. Als am 28. Juni 1914 die Schüsse in Serajewo knallten, die als Opfer einer nationalstiftlichen Verheerung und nicht zuletzt auch als Auswirkung der Unterdrückung kultureller und nationaler Entwicklung der serbischen Minderheit im kaiserlichen Oesterreich, den Erbherzog Ferdinand, forderte, da hat sich wohl kaum jemand darüber Rechenschaft abgelegt, welche Folgen dieser nationalstiftliche Mord nach sich ziehen werde, und niemand dürfte sein, der wohl der Meinung war, daß wir an diesen Folgen ein Vierteljahrhundert leiden werden, wenn es bis dahin gelingt, der Weltwirtschaftskrise Herr zu werden, die die unmittelbare Nachwirkung des Weltkrieges ist. Und trotz aller Patte, die man damals schloß, auch nur um den Frieden zu „sichern“ lieferte man einen Massenmord, natürlich nur im Interesse der „nationalen Sache“, aber die Opfer lieferten die breiten Massen und tragen sie auch heute, bis sie sich der Folge einmal bewußt, von denen befreien, deren einziges Ziel der Nationalismus ist und naturgemäß die Menschen in einen neuen Krieg verwickeln will, das kann man fast alltäglich aus dem Blätterwald des hundertprozentigen Patriotismus aus allen Ländern hören.

Wir sollten nicht verkennen, daß der Krieg die Folge einer nationalstiftlichen Verheerung der Völker war, die, statt sich über die wirtschaftliche Expansion zu verständigen, Verträge schlossen, wie sie auf kriegerischem Wege der deutschen Wirtschaftsentwicklung ein Hindernis stellen und der aus rein nationalstiftlichen Motiven vollzogene Mord an dem Erbherzog Ferdinand in Serajewo, war nur ein Signal, um die längst abgeschlossenen Kriegshilfen zwischen Frankreich, Rußland und England in Wirksamkeit treten zu lassen, alle Versicherungen, daß man noch in letzter Stunde den Krieg habe vermeiden wollen, sind diplomatische Lügen, denn mehr als zehn Jahre hat man an diesen Bündnissen gearbeitet, um loszuschlagen zu können und dem deutschen Generalstab war dieses Ereignis ein willkommenes Element, um die erprobte Armee in den „Gesundbrunnen der Nation“ zu führen. Der militaristische Geist, den man Jahrzehnte anerkann, hat seine Früchte getragen und diejenigen, die die allergeringste Verantwortung dafür hatten, müssen bis auf den heutigen Tag die Folgen tragen, denn sicherlich geht es auch heute noch den Urhebern und Kulissenhiebem weit besser, als den Millionen, die im Stahlbad des Krieges gesunden sollten. Das Proletariat war damals nicht in der Lage, dieses Völkermorden, verursacht durch die nationalstiftliche Hege und den übertriebenen Militarismus, zu verhindern. Biel zu viel hat man ihnen die Phrase vom Vaterland eingepreßt und sie in den Krieg mit Begeisterung hineingeheßt, während andere Interessengemeinschaften die Kriegsgewinne zogen, die Millionen aber Tod und Verderben zu tragen hatten.

Wir sollten uns über die Tatsache nicht täuschen, daß die breiten Massen aller Völker den Krieg nicht wollen, sondern Arbeit und Brot, welches ihnen trotz aller Staatsflugheit die Leiter der kapitalistischen Welt nicht geben können, dafür aber werden Millionen und Milliarden für überflüssige militaristische Zwecke ausgegeben. Die Völker wollen den Krieg nicht, aber „weise“ Staatsleitungen lassen ihnen von Kind auf nichts anderes predigen, als daß die Nation nur durch den Krieg gesunden kann, und wir dürfen uns nicht wundern, wenn schon deshalb nicht die Völker zur Verständigung kommen. Von den Vertretern der heutigen Gesellschaftsordnung darf man nicht erwarten, daß sie den Krieg als Mittel der Politik ausschalten, das muß die Arbeiterklasse selbst besorgen. Aber solange sie sich von den Vertretern der Kapitalinteressen regieren läßt, solange werden Kriege als selbstverständliche Folgen dieser nationalen Politik sein. Gerade darüber liefert uns die Ge-

Das „Verhängnis“ von Lausanne

Nach Deutschlands Beitritt zum Konsultativpakt — Stimmungsumschwung in der französischen Rechtspresse

Paris. Ein Teil der großen Pariser Presse beschäftigt sich noch einmal mit dem französisch-englischen Konsultativabkommen, das nunmehr

nach dem Beitritt Deutschlands als für die französische Politik verhängnisvoll bezeichnet wird,

nachdem es bisher stets als die Wiedergeburt der Ententecordiale gesehrt worden war. Das „Journal“ betont, der Beitritt Deutschlands bestätige allein die Tatsache, daß das Abkommen nichts mit einer französisch-englischen Ententecordiale zu tun habe. Der außenpolitische Berichterstatter des „Echo de Paris“, Bertinaz, kommt zu der Feststellung, daß man von ganz geringen Änderungen abgesehen, genau demselben Plan gegenüberstehe, den die Reichsregierung ursprünglich in Lausanne als Gegenleistung für die einmalige Abfindung gefordert hatte.

Dank dieses Abkommens werde es der Reichsregierung möglich sein, die Forderung auf militärische Gleichberechtigung auch außerhalb des Rahmens des Völkerbundes aufzustellen und damit der sehr verwickelten Prozedur der Genfer Einrichtung zu entgehen,

die die Annahme dieser Forderungen sehr problematisch gemacht hätte. Was die territorialen Forderungen der Reichsregierung anlangt, so dürfte sie niemals Gegenstand von Beratungen zwischen Frankreich, Deutschland und England allein sein, sondern müßten stets im Rahmen einer großen Konferenz behandelt werden, zu der auch Polen, die Tschechoslowakei, Südslawien und Rumänien hinzugezogen würden.

Drohungen des Heimwehrführers an Dollfuß

Wien. In einem Schreiben des Bundesführers der Heimwehren, Fürst Starhemberg, an den Bundeskanzler Dollfuß wird u. a. darauf hingewiesen, daß die Regierung das vom Heimatschutz anlässlich seines Eintritts in die Regierung vorgeschlagene Aufbauprogramm bewilligt habe. Falls die Regierung nicht gewillt sei, das wirtschaftliche Aufbauprogramm auch gegen den Widerstand der Sozialdemokraten durchzusetzen, würde der Heimatschutz seine Vertreter aus der Regierung zurückziehen. Bis zur Klärung dieser Frage würden sich die Abgeordneten des Heimatbundes an den Sitzungen der parlamentarischen Ausschüsse nicht mehr beteiligen. Auch die Auslandsarbeit sei vollständig zwecklos, wenn sie nicht von einem wirtschaftlichen Aufbau begleitet werde.

Nationalsozialistisches Lastauto mit Waffen angehalten

Berlin. Wie die Polizei mitteilt, wurde am Mittwoch morgen am Kölnischen Platz in Köpenick ein von Mahlow kommendes Lastauto von der Polizei angehalten und durchsucht. Es wurden vier Arceepistolen mit 74 Schuß Munition, ein Trommelrevolver mit 25 Schuß Munition, zwei Stahlruten, in Gummiknäppel, zwei Totschlüssel, zwei elektrische Leuchtstäbe und dreizehn faustgroße Feldsteine gefunden und beschlagnahmt. Der Lastwagen war mit 25 uniformierten Nationalsozialisten besetzt, die der politischen Polizei zugeführt wurden.

schichte der letzten Jahre eine Reihe von Beispielen und die letzte Entschließung der Abrüstungskonferenz den besten Beweis. Krieg und Kapital sind aufs engste verbunden und in der heutigen Welt sind die Staatsmänner nichts anderes als Vertreter des internationalen Kapitalismus, der letzten Endes die Kriegskarten mischt, auch wenn er ihnen bei jeder Gelegenheit ein „nationales Mäntelchen“ umzuhängen vermag. Sollen Kriege aus dem Bereich der Politik als Entscheidungsmittel ausgeschaltet werden, dann muß die Arbeiterklasse die Führung in der Politik übernehmen und dann erst wird es möglich sein, eine Periode der Verständigungen eintreten zu lassen, damit der Massenmord innerhalb der Menschheit ausgeschaltet wird. Wir sind trotz der bitteren Lehren seit 1914 noch nicht so weit, daß muß leider, trotz der 18 Jahre unsäglicher Opfer, die fast ausschließlich von den breiten Massen getragen werden gesagt werden.

Darum muß der 28. Juli 1914 immer wieder den Massen in Erinnerung gebracht werden, damit sie bekennen, daß ihnen, als Folge dieser Massenmorde, im Zeichen des heiligen Patriotismus, auch so etwas, wie Staatseinfluß, gewährt worden ist. Noch haben sie davon, trotz der bitteren Lehren, keinen Gebrauch gemacht, um die politische Leitung des Staates dem Kapitalismus und seinen Vertretern zu entwinden und durch Übernahme der Staatsmacht zu verhindern, daß sie selbst u. ihre Nachfolger wieder in dem Massenwahn ertragen werden, daß der Krieg allein über Wohl u. Wehe der Völker entscheidet. Denn für den Militarismus ist in allen Staaten, mögen sie noch so arm sein, alles da, nur für die breiten Massen, als Opfer der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, ist nur Hunger, Elend und Massenarbeitslosigkeit übrig. Hier werden Milliarden verpulvert, Technik und Wissenschaft in den Dienst der kommenden Massenmorde gestellt, während Millionen und Abermillionen hungern und darben müssen, weil angeblich die Staatsfinanzen einen solchen Luxus an Arbeitslose nicht ertragen können. Das ist der Fluch der Arbeiterklasse, daß sie sich in den heiligen Nationalismus und Patriotismus einlassen läßt und ihr, von der Wiege bis zum Grabe, der Mitmensch jenseits der Grenze nur als der Erbfeind gezeigt wird, den er nur durch Krieg und Massenmord beherrschen und beseitigen kann. Und so wird es sein, solange der Kapitalismus regiert und solange die Völker ihr Schicksal in die Hände der heutigen Staatsmänner legen.

An diesem Tage aber gibt es nur eine Schicht, die daran denkt, daß dieser Massenwahn beseitigt wird, das ist die Internationale aller Proletarier. Die Arbeiterklasse benutzt jede Gelegenheit, um den Krieg und den Nationalismus, als die Urheber des Völkerhaßes, hinzustellen, und gerade die Erinnerung an den 28. Juni 1914 ist die eiserne Pflicht aller, die den Krieg haßen, auch dazu beizutragen, daß jene Elemente die Leitung der Völker übernehmen, die Kriege in aller Zukunft unmöglich machen. Man betrachte nur die Stimmung der Völker und sehe, wie auf der ganzen Linie „mutig“ der Völkerhaß betrieben wird. Aber die Arbeiterklasse hat die Aufgabe, bei jeder Gelegenheit diesen Chauvinisten und kapitalistischen Interessentreibern entgegenzutreten und ihnen mit aller Deutlichkeit zu sagen: Nie wieder Krieg! Das ist unsere Hauptaufgabe in der Politik, und um Politik treiben zu können, um Not und Elend der heutigen Gesellschaftsordnung zu beseitigen, die man, wie zum Scherz, noch bei jeder Gelegenheit die „gottgewollte“ bezeichnet, ist es eiserne Pflicht und Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Menschheit in diesem Sinne erzogen wird, daß die Arbeiterklasse als Mehrheit, auch die politische Führung übernimmt und den Krieg verhindert und die Volksverheerung zum Teufel jagt.



Das Schullschiff „Niobe“
Eine amtliche Mitteilung.

Kiel. Amtlich wird mitgeteilt: „Die Untersuchung an Ort und Stelle, die Vernehmung des Kommandanten und die Berichte des Kapitäns Müller von dem Dampfer (Therese Rusz) und des Kapitäns des Feuerschiffes „Fehmarn-Veil“ haben ergeben, daß die in Zeitungen ausgesprochene Vermutung, daß das Schiff zuviel Segel geführt habe, nicht zutrifft. Wie im amtlichen Bericht gemeldet, waren bereits um 14 Uhr die Oberriegel festgemacht und vom Kommandanten die der Wetterlage entsprechenden Vorehrungen getroffen. Das Sinken des Schiffes ist nach den bis jetzt vorliegenden Feststellungen vielmehr darauf zurückzuführen, daß eine plötzlich einsetzende, stark raumende W, die große Gefahr für jeden Segler, das Schiff in Bruchteilen von Sekunden zu hart auf die Seite legte, so daß es trotz Hartüberlage nicht zum Aufrichten gebracht werden konnte.“

Breuer aus der Haft entlassen

Berlin. Der Vernehmungsrichter im Polizeipräsidium hat den Schriftsteller und Reichsbannerführer Breuer-Friedländer mangels dringenden Tatverdachts aus der Haft entlassen.

Mellons Besprechungen mit Hoover

Washington. Die Besprechungen des Staatssekretärs mit dem Präsidenten Hoover am Mittwoch nachmittag dauerten etwa 20 Minuten. Nach Beendigung der Unterredung erklärte Mellon, daß über allgemeine Dinge gesprochen worden sei. Das Staatsdepartement wurde laufend von Hoover selbst über die Besprechung unterrichtet.



Veteranenbivak im amerikanischen Capitol

Amerikanische Kriegsveteranen haben sich in den Korridoren des amerikanischen Parlamentsgebäudes häuslich niedergelassen und warten nun auf die Erfüllung ihrer Forderungen — Die amerikanische Veteranenbewegung, die Zehntausende von Kriegsteilnehmern in Washington versammelt, ist erneut aufgeladert, nachdem schon große Trupps der Demonstranten in ihre Heimat abgezogen waren. Sie taten sich jetzt zu einem großen Umzug durch die Straßen der amerikanischen Bundeshauptstadt zusammen und stürmten schließlich erregt die Treppe des Parlamentsgebäudes hinauf, um die Abgeordneten umzustimmen. Als ihrer Forderung nicht nachgegeben wurde, richteten sich die ungeladenen Gäste auf den Korridoren häuslich ein.

Wieder Krieg im Fernen Osten?
Neue Zuspitzung der Lage — Japanischer Angriff auf Peking und Tientsin

Tokio. Das japanische Oberkommando teilt mit, daß im Bezirk von Kintschau ein japanisch-englischer Konflikt ausgebrochen sei. Die Bewegung werde durch Marshall Tschanghjuung unterstützt. In dem Bezirk seien etwa 30 000 Mann chinesischer Truppen sowie 120 Flugzeuge zusammengezogen worden. Weiter wird gemeldet, daß in der Nähe von Kintschau starke Zusammenstöße zwischen einer japanischen Kavallerieabteilung und Truppen Tschanghjuungs stattgefunden hätten. Der Ausgang der Kämpfe sei noch nicht bekannt.

Nach japanischen Pressemeldungen hat der chinesische Gesandte in Tokio im Außenministerium gegen die Ansammlung japanischer Truppen bei Kintschau protestiert und darauf hingewiesen, daß ein Angriff auf die Truppen Tschanghjuungs eine neue Kriegshandlung darstellen würde, die für die Entwicklung der politischen Lage im Fernen Osten von größter Bedeutung sein müßte. Seine Regierung verlange die Einstellung der japanischen Aktion bei Kintschau.

Nach einer amtlichen russischen Meldung haben die japanischen Militärs eine Offensive gegen Peking und Tientsin einzuleiten. Erhebliche japanische Verstärkungen seien zusammengezogen worden. Die Kampfhandlungen hätten bereits begonnen.

Allgemeine Mobilmachung in Bolivien
Kriegsbegeisterung in Paraguay.

Buenos Aires. Nach einer Meldung aus La Paz ist in Bolivien die allgemeine Mobilmachung angeordnet worden. Sämtliche Streitkräfte seien auf dem Marsch nach der Grenze, mit Ausnahme von zwei Regimentern und den Ersatzreserven. Wie in La Paz verlautet, soll die Kriegserklärung an Paraguay am 6. August erfolgen, da bis zu diesem Datum mit der vollständigen Durchführung der Mobilmachung gerechnet wird.

Wie aus Muncion gemeldet wird, haben sich 10 000 paraguayische Reservisten freiwillig in den Kasernen zum Dienst gemeldet. Die Behörden erklärten jedoch, daß sie nur im Notfall mobilisiert werden. Viele paraguayische Frauen haben ihre Juwelen zur Bestreitung der Verteidigungskosten zur Verfügung gestellt.

Ausschreitungen in Thedinghausen

Thedinghausen. In dem braunschweigischen Enklavestädtchen Thedinghausen, in der Nähe Bremens, überfielen am Mittwoch, gegen 21.30 Uhr, Kommunisten, die eine ganze Anzahl ihrer Anhänger zusammengezogen hatten, einzeln gehende Nationalsozialisten. Da die Polizei in Thedinghausen nur aus zwei Landjägern besteht, von denen der eine noch beurlaubt ist, war der Landjägerbeamte gegenüber diesen Ausschreitungen machtlos. Daraufhin wurde die zusammengezogene SA eingesetzt. Es kam zu einem schweren Zusammenstoß, bei dem auch mehrere Schüsse fielen. Ansehend wurde durch Schüsse niemand verletzt. Durch Messertische usw. wurden drei Personen schwer und eine ganze Anzahl leicht verletzt. Die Zahl der Verletzten läßt sich nicht feststellen. Drei Kommunisten wurden von der SA dem Polizeigericht übergeben.

Schwere Erwerbslosenausreitungen in Ruhla

Weimar. Nach einer Mitteilung des thüringischen Innenministeriums kam es am Mittwoch in Ruhla bei Eisenach zu schweren Erwerbslosenausreitungen. Erwerbslose veranstalteten einen verbotenen Umzug, dem die städtische Polizei pflichtgemäß entgegentrat. Dabei sind drei Polizeibeamte zu Boden geschlagen worden. Von ihnen ist einer durch acht Messertische in den Rücken und ein zweiter durch Messertische in Arm und Rücken schwer verletzt worden. Die Polizeibeamten haben dann notgedrungen von der Schusswaffe Gebrauch gemacht. Dabei ist ein Arbeiter namens Oberlein durch Kopfschuß schwer verletzt worden und später im Eisenacher Krankenhaus verstorben. Oberlein war an der Demonstration

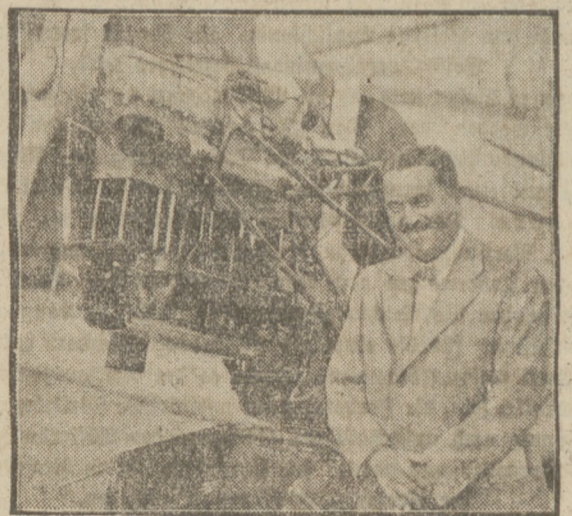
nicht beteiligt, war aber auf seinem Wege in den Bereich des Zusammenstoßes gekommen. Die Ruhe und Ordnung in Ruhla ist nach Eintreffen eines Kommandos der Schutzpolizei aus Gotha wieder hergestellt worden.

Polen und Deutschlands Beitritt zum Konsultativpakt

Warschau. Es war vorauszusehen, daß die nationaldemokratische Presse, nachdem sie die Stellungnahme der Regierungsbücher abgewartet hatte, mit Befriedigung und Genugtuung den Abschluß des polnisch-sowjetrussischen Nichtangriffsvertrages begrüßen würde, zumal doch in gewissem Sinne ihr Ruf und Wahren nicht in der Wüste verklungen ist. Ihre außenpolitische Forderung nach Rückendeckung im Osten, um „freies Kräftefeld gegen Deutschland“ zu sichern, ist eingelöst worden. Mit einem Wort: der Grundgedanke des nationaldemokratischen Programms: „Friede mit Rußland, Haß gegen Deutschland“, hat nunmehr Gestalt und Sinn erhalten, auch wenn es sich diesmal nur um einen dialektisch leicht zu verkleinern oder zu vergrößern Nichtangriffsvertrag handelt. In Regierungskreisen verlautet, daß der Vertrag schon im kommenden Herbst dem Sejm zur Ratifizierung vorgelegt werden soll, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob bis dahin ein gleiches Abkommen zwischen Rumänien und Sowjetrußland zum Abschluß gekommen ist.

Das nationaldemokratische „ABC“ sagt, der Vertrag sei ein Beweis dafür, daß Polen gar nicht daran denke, sich in irgendeiner sowjetfeindlichen Kombination hineinzuziehen zu lassen. Die größte Bedeutung des Vertrages liege darin, daß gemäß Artikel 4 Sowjetrußland die Verpflichtung auf sich genommen habe, alle etwaigen Geheimabkommen mit Deutschland, insofern sie aggressive Merkmale gegen Polen enthielten, aufzuheben.

Das nationaldemokratische Hauptblatt „Gazeta Warszawska“ erklärt, da zwischen Sowjetrußland und Polen im Grunde keine wesentlichen Reibungsflächen bestanden, werde der Nichtangriffsvertrag dauerhaften und bedeutsamen Wert haben. Der Vertrag bedeute in hohem Maße eine Niederlage der deutschen Politik, da durch ihn der Nachweis geführt werde, daß Sowjetrußland nicht daran denke, sich von Deutschland in seine Revisionspolitik hineinzuziehen zu lassen. Dadurch eröffne der Vertrag für die polnische Politik weitreichende Möglichkeiten.



Schwerer Unfall des Fliegers Hellmuth Girth

Der bekannte Vorkriegsflieger und Flugmotorenkonstrukteur Hellmuth Girth ist einem schweren Unfall zum Opfer gefallen: bei Arbeiten an einem für den Europa-Rundflug bestimmten Flugzeug, in dem ein von ihm konstruierter Motor eingebaut war, sprang plötzlich der Propeller an und zerstückte ihm beide Arme.

Polnisch-Schlesien

Seit fruchtbar und mehret euch!

Gehässige behaupteten früher, das Sprichwort, „Müßiggang ist aller Laster Anfang“, hätte in puncto der gewissen volkswirtschaftlichen Betätigung Bezug auf die ledigen Offiziere der deutschen Armee da dieselben infolge unzureichender körperlicher Betätigung im Dienst der vielen Freizeit zur Aborbierung ihrer überschüssigen Kräfte dem schwachen Geschlecht nachstellten. Andererseits haben die braven Hausväter der Werbung dieser Calanovas im kaiserlichen Rodeo, nicht den nötigen Widerstand entgegengesetzt. Im Gegenteil, je farbenfreudiger die Uniform, desto größer der Opfermut der Jungfrauen. War doch so ein jenseitiger Leutnant der Inbegriff des höchsten Frauenglücks, denen gegenüber unsere jetzigen männlichen Filmgrößen Waisenknaben sind. Zum Teil fanden sich die Spießer mit derlei Schwächen ihrer „Gretchen“ ab, und entschuldigten diese damit, daß zweierlei Tuch eben zieht.

Nun haben unsere Arbeitslosen auch sehr viel Zeit. Dieselben jedoch mit dem oben zitierten Sprichwort in Zusammenhang zu bringen scheidet an dem physischen Unvermögen, an der Ernährung der armen Kumpels. Trotzdem kommt es vor, daß dieses aufgezwungene Nichtstun auch hier eine Steigerung des Strebens zum anderen Geschlecht zur Folge hat, wovon Nachstehendes berichten soll:

Die Bewohner eines Hinterhauses werden zu später Nachtstunde durch großen Lärm aus dem Schlafe gestört. Was ist geschehen? Eine Frau schreit und jammert erbarmungswürdig, weil ihr Mann, der seit Jahren arbeitslos ist, die erhaltene Unterstützung für sich verbraucht hat und ohne Geld nach Hause gekommen ist. Der Mann, der betrunken ist, geht gegen die lärmenden Vorwürfe seiner Ehefrau zur Wehr. Er gab der Frau die Schuld an seinem Fehltritt, da sie ihn durch die Verweigerung der ehelichen Gemeinschaft gezwungen habe, sich „Liebe“ zu kaufen. Er ist also zu diesem Zweck über Land gegangen, und habe das Geld verbraucht. Bei dem Menschenauflauf sieht sich die Frau genötigt, etwas zu ihrer Rechtfertigung zu sagen. Demnach kann sie sich ihrem Manne nicht mehr hingeben, da sie schon sechs Kinder haben, von denen das jüngste noch nicht ein Jahr alt ist. Drei Kinder sind infolge der Unterernährung tuberkulös. Als ihr von einer Nachbarin bezeugt wird, daß doch nicht gleich immer Kinder gezeugt werden müßten, verwahrt sich die bewußte Frau entrüstet gegen diesen Rat. Gegen das Walten der Natur Vorkehrungsmaßnahmen zu treffen, wäre eine Sünde, die sie nicht auf sich nehmen möchte, da solches Verhalten bei der Beichte und der Erteilung der Absolution Schwierigkeiten zur Folge hat.

Es ist somit dringend notwendig, die Menschen dahingehend aufzuklären, daß die Regelung der „Natur“ nicht nur Gotteswerk ist, sondern daß jeder, je nach Gestaltung seiner Lebensverhältnisse, diesen den Willen zur Fortpflanzung unterordnen sollte. Die Zeiten sind vorüber, in denen das Gebot, „Seid fruchtbar und mehret euch“, als eine unumstößliche Verheißung angesehen wurde. Die Menschheitswerdung darf nicht mehr einem blinden Zufall überlassen werden, solange nicht eine menschenwürdige Existenzmöglichkeit für die Familie gewährleistet ist, und dann noch muß verantwortungsbewußt gehandelt werden, soll die Vernunft ausschlaggebend sein. Zwar drängen Kirche, Staat und Kapitalismus nach wie vor auf unbeschränkte Geburtenzahl. Die erstere braucht Seelen, der Staat zur Erhaltung seiner Machtvollkommenheit Soldaten, die Industrie billige Arbeitskräfte. Das Proletariat aber muß bei jeder Gelegenheit die Forderung geltend machen: Schluß mit dem staatlich konzeptionierten Gebärungszwang, hinweg mit dem § 218 des St. G. B.

Betr. Versicherung der Handwerker im Falle der Arbeitslosigkeit pp.

Der Handwerksammerrat, welchem sämtliche Handwerksammern in der Republik Polen angeschlossen sind, hielt dieser Tage in Warschau eine außerordentliche Sitzung ab. Als wichtigster Punkt der Tagesordnung war die Angelegenheit betr. Versicherung der selbständigen Handwerker, im Falle der Invalidität, der Krankheit und eines Unfalls. Hierbei wurde zur Kenntnis gegeben, daß im bestehenden Projekt über die Allgemeine Versicherungspflicht beim Arbeits- und Wohlfahrtsministerium die selbständigen Handwerker unberücksichtigt blieben, was seitens des Vorstandes des Handwerksammerrates einer scharfen Kritik unterzogen wurde. Es wird gefordert, daß ein diesbezügliches Zusatzabkommen im Sinne der Handwerker geschaffen wird. In dieser Angelegenheit sollen demnächst durch den Vorstand bei der höchsten Instanz entsprechende Schritte unternommen werden. In erster Linie plant man die Einführung der Versicherung im Falle der Invalidität. Es wurden zwei Kundfragebogen ausgefertigt, welche den zuständigen Stellen zur Kenntnisnahme vorgelegt werden.

Der Herr Wojewode zur Stilllegung der Karmnergrube

Gestern sprach beim Herrn Wojewoden eine Arbeiterdelegation der Karmnergrube vor, die ihm einen Bericht über die Konferenz beim Demo erstattete. Die Delegation machte den Herrn Wojewoden auf die Erklärung des Direktors Michajda aufmerksam, der die Stilllegung der Karmnergrube am kommenden Sonnabend angeordnet hat. Der Herr Wojewode versprach den Arbeitern, sich für die Sache zu ihren Gunsten einzusetzen. Es wird sich am Sonnabend zeigen, ob die Arbeiterintervention beim Herrn Wojewoden von Erfolg war oder nicht. Die Kapitalisten sind die „Herren im Hause“ und kümmern sich sehr wenig um die Anordnungen der Behörden.

Die Politik der hohen Preise

Die „Aufrichtigkeit“ der „Zachodnia“ über die Preisdiktatur der kartellisierten Industrie — Sie kennt die Ursachen, appelliert jedoch an die falsche Stelle — Die Kapitalisten handeln im Einbernehmen mit der Regierung — Polnische Kohlenpreise im Auslande

Mit der Preisdiktatur für die Industrieprodukte haben wir uns an dieser Stelle schon oft befaßt, so daß über dieses Thema schon fast alles gesagt wurde. Wenn wir heute darüber noch einmal reden, so geschieht das deshalb, um die „Aufrichtigkeit“ der „Zachodnia“, die sich darüber in einem besonderen Artikel vom 27. dieses Monats verbreitet, bloßzustellen. Sie zieht gegen die „steifen Preise“ der Industriearbeiter zu Felde, kommt auch zu dem wichtigen Schluß, daß diese „steifen Preise“ die Steigerung der Arbeitslosigkeit zur Folge haben und redet auf die Industriearbeiter ein, sie mögen doch die Preise abhauen.

Sie will die Kapitalisten überzeugen, daß die „steifen Preise“ den Zerfall der Kartelle

nach sich ziehen werden, denn es ist unvermeidlich, daß Industriebetriebe aus den Kartellen austreten, um zu einem billigeren Preis ihre Produktion zu verkaufen, denn sie stoßen dann die gesamte Produktion ab, können ihre Betriebe voll ausnützen und machen dabei die besten Geschäfte. Die „Zachodnia“ spricht vom Zucker- und Kohlenkartell, und gerade diese Sorte von Kapitalisten halten an den Kartellen fest und wollen von einer individuellen Produktion nichts wissen. Wir stellen hier ausdrücklich fest, daß die Polsta Zachodnia ihren Wunsch an die falsche Adresse gerichtet hat.

Die Kapitalisten halten an der kartellisierten Produktion fest, aber nicht nur die Kapitalisten, denn

Aus Warschau kommen immer neue Berichte über Schaffung von neuen Kartellen, und man sprach schon so oft von Zwangskartellen,

die die Regierung einführen wollte, falls die Kapitalisten ein solches Kartell nicht freiwillig gründen sollten. Die „steifen Preise“ das sind die Folgen dieser Politik, und davon dürfte die „Zachodnia“ auch schon gehört haben.

Man schafft Kartelle lediglich zu dem Zwecke, um die Preisdiktatur aufzurichten.

In Warschau wird diese Politik direkt oder indirekt unterstützt und zwar mit Rücksicht auf den Export.

Die Regierung hegt und pflegt den Export, weil sie es auf die Auslandsdevisen abgesehen hat.

Nun ist der Export mit großen Schwierigkeiten verbunden, und zwar nicht nur infolge der Schutzzölle, die die Importländer zum Schutze der eigenen Produktion eingeführt haben, sondern auch mit Rücksicht auf die große Konkurrenz.

Wer heute exportieren will, der muß zu dem Export noch zahlen.

Wir verweisen hier auf den Kohlenkonzern „Kobur“ in Kattowitz. Diese Gesellschaft, die den meisten schlesischen Kohlenabfah vereinigt hat, unterhielt in Goedeburg in Schweden ein großes Kohlenlager. Dort lagerten 40 000 Tonnen Kohle. Das Lager mußte aus irgendwelchen Gründen geräumt werden, die uns nicht näher bekannt sind, und

der große Kohlenvorrat wurde zu 2 Zloty pro Tonne verkauft.

Wir bezahlen für die Kohle 40 Zloty und in Schweden wurde sie mit 2 Zloty pro Tonne verkauft.

Der selbe Kohlenkonzern hat die Belieferung der schwedischen Eisenbahn mit obereschlesischer Kohle übernommen.

Insgesamt werden 108 000 Tonnen Kohle an die Eisenbahn mit 5 englischen Schilling nach Schweden, ab Danzig, geliefert.

Für diesen Preis wird die Kohle bis zum Danziger Hafen geschleppt. 5 Schilling, das macht ungefähr 8 Zloty aus, während der Produktionspreis ab Grube 13 Zloty beträgt.

Das ist schon ein arger Verlust, der sich durch die Transportkosten bis nach Danzig wesentlich erhöht.

Zu jeder Tonne Kohle, die der Kobur nach Schweden liefert, müssen mindestens 9 Zl. zugezahlt werden.

Um diese Tatsachen kommen wir nicht herum. Nun entsteht die Frage, ob die Kapitalisten aus freien Stücken die Kohle nach Schweden exportieren und zu einer jeden Tonne Kohle aus eigener Tasche 9 Zloty zuzahlen. Möge uns einmal die „Zachodnia“ diese Frage aufrichtig beantworten.

Wir wissen ganz gut was dahintersteckt und haben schon anfangs gesagt, daß die Regierung an dem Kohlenexport festhält, obwohl er uns unzählige Millionen Zloty jedes Jahr kostet.

Eine solche Politik kann nur dann getrieben werden, wenn jemand den Export finanziert, und dieser „Jemand“, das sind die Kohlenkonzernanten des Inlandes.

Was die Kapitalisten bei dem Kohlenexport zuzahlen, das holen sie sich bei dem Inlandsabfah ein. Deshalb zahlen wir hier 40 Zloty für die Tonne Kohle ab Grube. Da die Kapitalisten auf den Gewinn nicht verzichten wollen und der Inlandsabfah zurückgegangen ist,

so muß die Regierung zu dem Kohlenexport noch besonders zuzahlen.

Die Regierung schleppt die Kohle umsonst mit der Bahn nach Danzig und zahlt noch Exportprämien von einer jeden ausgeführten Tonne Kohle. — Beim Zucker liegen die Dinge genau so wie bei der Kohle, denn der polnische Zucker wird schon mit 22 Groschen das Kilogramm nach dem Auslande geliefert. Wir stellen fest, daß

eine solche Exportpolitik von den Warschauer Zentralstellen mit Rücksicht auf die Auslandsdevisen getrieben wird.

Die Kapitalisten zahlen keinen Groschen zu dem Export zu, denn die Kosten trägt die Allgemeinheit. Würde die Regierung den Export nicht stützen und finanzieren, dann hört er sofort auf. Das wollen wir der „Zachodnia“ ins Ohr flüstern und ihr noch sagen, sie möge sich wegen der „steifen Preise“ nicht an die Kartelle, sondern an die Regierung wenden. Von dort kann nur die Hilfe kommen.

Achtung, Reichsdeutsche!

Reichsdeutschen, die sich gegenwärtig in Polen aufhalten und den Wunsch haben, ihr Reichstags-Wahlrecht am 31. Juli auszuüben, ohne dadurch der vollen Geltungsdauer ihres gegenwärtig gültigen polnischen Sichtvermerkes verlustig zu gehen, wird empfohlen, sich, zwecks Ausstellung eines Rücksehtvermerkes, der ihnen die Ausreise und erneute Einreise nach Polen gestattet, an die zuständige Staatsreise zu wenden.

Der Turnus auf den schlesischen Gruben

Die Radzionkaugrube hat erst vor einigen Wochen viele Arbeiter abgebaut, aber das war anscheinend zu wenig gewesen, denn sie will am 1. August 434 Arbeiter auf Turnusurlaub schicken. Auch 7 Angestellte sollen beurlaubt werden. Die Fizinusgrube schickt 118 Arbeiter auf Turnus und die Richtergrube schickt 300 Arbeiter auf Turnusurlaub.

Ein neuer Anschlag auf die Angestelltenbezüge

Herr Tarnowski hat wieder einmal einen Brief an die Angestelltenvereine geschrieben. Er sagt darin folgendes:

„Wir kündigen hierdurch die Tabelle der Angestelltenbezüge in der schlesischen Berg- und Hüttenindustrie, welche Kündigung sich auch auf die Fördermaschinen bezieht, zum 31. August d. Js.

Glück auf (Lohnabbau. Die Red.)

Tarnowski.“

Es wird also fleißig weiter reduziert, wenn nicht die Angestellten und Arbeiter, so wenigstens die Löhne, bezw. die Angestelltenbezüge. Am 1. März wurden die Angestelltengehälter um 10 Prozent gekürzt, und zwar durch den Schlichtungsausschuß, was von der Regierung bestätigt wurde. Damals wollten die Kapitalisten 21 Prozent von den Gehältern abbauen. Was ihnen vor 5 Monaten nicht gelungen ist, das wollen sie am 1. September nachholen.

Die Königshütter Arbeiter verlangen die Abfegung des Direktors Scherffs

Gestern fand eine Versammlung der Belegschaft der Königshütte, an der mehr als 2000 Arbeiter beteiligt waren. Nach den Referaten von zwei Betriebsräten haben die Arbeiter einen Antrag auf die Abfegung des Direktors

Scherff gestellt, weil sie der Ansicht sind, daß Direktor Scherff das Hüttenwerk schädigt und die Aufträge nicht zur Ausführung weitergibt.

Die Arbeiter der Bogutischüzer Porzellanfabrik erhalten die Arbeitslosenunterstützung

Gestern haben wir berichtet, daß die Arbeiter der Porzellanfabrik in Bogutischütz, die für einen Monat stillgelegt wurde, die Arbeitslosenunterstützung nicht ausgezahlt erhielten, weil die Verwaltung in der vorgeschriebenen Frist die Entlassungslisten nicht eingereicht hat. Das Letztere trifft zu, doch berichtet die polnische Presse, daß der Arbeitslosenfonds den Arbeitern die Arbeitslosenunterstützung zugesprochen hat, obwohl die Listen verspätet eingereicht wurden. Dieses Unrecht wird mithin gut gemacht.

Das Hüttenyndikat bleibt uns weiter erhalten

Am 26. d. Mts. wurde in der Sitzung der Hüttenindustrie eine lebhafte Debatte über die Auflösung des Hüttenyndikats durchgeführt. Die Mehrzahl der Hütten erklärten sich für die Beibehaltung des Hüttenyndikats. Schließlich wurde der Beschluß gefaßt, das Hüttenyndikat bis zum 1. November 1935 zu verlängern. Es wurde ein Redaktionskomitee gewählt, das ein neues Statut für das Hüttenyndikat ausarbeiten wird, wobei alle Anregungen und Wünsche, die in der Debatte ausgesprochen wurden, berücksichtigt werden.

Wird der Berg- und Hüttenmann aufgelöst?

Die polnische Presse berichtet, daß am 8. August in Kattowitz eine Sitzung des Oberschlesischen Verbandes der Berg- und Hüttenindustrie stattfinden wird, die sich lediglich mit der Auflösung des Berg- und Hüttenmännischen Vereines befassen wird. Die Auflösung der kapitalistischen Organisation soll als feststehend gelten.

1 Million Mittags- u. Milchportionen verausgabt

Innerhalb des Kattowitzer Landkreises befinden sich 33 Volks- und Milchküchen. In den letzten drei Monaten wurden die Wohlfahrtsanstalten von rund 43 000 Personen, darunter Arbeitslosen, unbemittelten Müttern, armen Kindern und Ortsarmen in Anspruch genommen. Zur Verteilung gelangten über 1 Million Mittags- und Milchportionen. Die Unterhaltungskosten beliefen sich auf fast 170 000 Zloty, welche aus eigenen Mitteln, öffentlichen Sammlungen, freiwilligen Spenden und aus Geldern des schlesischen Wohlfahrtsfonds gedeckt werden konnten. Die Mittags- und Milchportionen an die Arbeitslosen und Ortsarmen wurden kostenlos, oder aber gegen ein geringes Entgelt von 10 Groschen verabfolgt.

Auf nach Emanuelssegen!

Am 31. Juli: Jugendtreffen der D.S.A.F.S. und Bundesausflug der Arbeitersänger!

Bielik, Biala und Umgegend

Bielik und Umgebung

Ein neuerlicher Anschlag auf die Bezüge der Staatsangestellten im Nachhinein?

Von der Wojewodschaft geht uns nachstehende Berichtigung zu:

W związku z zamieszczeniem nr. 164 „Volks-wille“ z 20. lipca 1932 r. nieprawdziwej wiadomości p. t. „Ein neuerlicher Anschlag auf die Bezüge der Staatsangestellten. Auszahlung der Gehälter im Nachhinein?“ Urząd Wojewódzki Śląski prosi na zasadzie § 11 ustawy prasowej z 7 maja 1874 r. (Dz. Ust. Rzeszy, str. 65) o zamieszczenie w najbliższym numerze czasopisma temi samemi czcionkami i na tem samem miejscu, na którym powyższa wiadomość została umieszczona, następującego sprostowania:

Nieprawdą jest, że „po dokonanej dwukrotnej redukcji pensyj urzędniczych o 15 i 10%, po podwyższeniu opłaty emerytalnej o 3 do 5%, po obniżeniu emerytur o 8% ma teraz nastąpić nowy zamach na pobory funkcjonariuszów państwowych“. Nieprawdą

Berein Sterbefassa. Die Einzahlung der Beiträge wird vom 1. August 1932 nur in der Kanzlei der Sterbefassa (Sekretariat der Metallarbeiter) entgegengenommen werden und zwar am Montag von 9 bis 1 Uhr mittags und 3 bis 6 Uhr nachm., Donnerstag von 9 bis 1 Uhr und von 3 bis 6 Uhr, Samstag von 9 bis 3 Uhr. Die Sterbeunterstützungen werden nur am Montag und Donnerstag von 6 bis 7 Uhr abends ausgezahlt. Der Vorstand.

jest, że „w Ministerstwie Skarbu rozpatrywany jest obecnie projekt, według którego pensje urzędnicze funkcjonariuszów państwowych miałyby być wypłacane nie jak dotąd z góry, lecz z dołu.“ Nieprawdą jest, że „zmiana ta ma być przeprowadzona w ciągu trzech miesięcy. Tak ma nastąpić wypłata płac za sierpień 10-go, we wrześniu 20-go, w październiku 31-go, a odtań stale na końcu miesiąca“. Nieprawdą jest, że „w ten sposób chce Rząd ponownie zaoszczędzić 100 milionów na pokrycie deficytu budżetowego.“

Prawdą jest natomiast, że pensje urzędnicze nadal będą wypłacane z góry, a więc pensja sierpniowa wypłacona będzie w dniu 1-go nie zaś 10-go sierpnia. i t. p. Prawdą jest wreszcie, że projekt zmiany terminu wypłacania pensyj urzędniczych jest w Ministerstwie Skarbu rozpatrywany.

Za Wojewodę:
(Cwojdzinski)
Radca Wojewódzki

Ziegen, Mastgänse und Gefindel

Das ist die Meinung der Nazis über die Arbeiterfrau.

Die Nazi-Abgeordneten des Preussischen Landtages haben in einer Erklärung bestritten, die sozialdemokratischen Frauen und Mütter in der bekannten Weise beschimpft zu haben. „Schon die Hochachtung, die der Nationalsozialismus der Mutter und der Frau entgegenbringt, mache eine solche Äußerung eines Nationalsozialisten unmöglich“, so heißt es am Schluß dieser Erklärung.

Wie es tatsächlich mit dieser „Hochachtung vor der Frau“ bestellt ist, zeigt ein Artikel, der von dem ostpreussischen Gauleiter der NSDAP, Reichsratsabg. Koch, herausgegebenen „Preussischen Zeitung“, in dem über den Umzug der „Antifaschisten“ in Königsberg berichtet wird.

Die in diesem Artikel der Nazi-Zeitung enthaltenen Beleidigungen der Frau, insbesondere der Arbeiterfrau, sind kaum zu überbieten. Sie geben ein klares Bild von der Stellung des Nationalsozialismus zur Frau.

In dem Artikel der „Preussischen Zeitung“ vom 6. Juli heißt es u. a.:

„Hinter den roten Fahnen Alljudas marschierten die Margiften n Zügen, mit Ziegen älteren und jüngeren Datums. Diese Weiblichkeit ist ein Kapitel für sich.



Elli Beinhorns Ankunft in Bremerhaven

Die Weltfliegerin zweite von rechts nach dem Verlassen des Schiffs auf dem Kai von Bremerhaven, umgeben von ihren Verwandten und begeisterten Freunden. — Nach acht Monaten ist die mutige deutsche Fliegerin Elli Beinhorn jetzt wieder in die Heimat zurückgekehrt. 30 000 Kilometer legte sie in der Zwischenzeit im Alleinflug zurück, wobei sie zum Teil schwierige Strecken überflog, deren Bezwingung vor ihr noch keinem Menschen gelang war. In Bremerhaven wurde ihr ein begeisterter Empfang bereitet, an dem Vertreter der Behörden, sportliche Verbände sowie ihre Kollegin Marga v. Ehrdorff teilnahmen.

Zu viel Menschen auf der Welt!

Laut statistischen Angaben der Völkerliga zählt man auf der ganzen Welt mehr als zwei Milliarden Menschen, genauer 2 012 000 000. Diese Zahl umfaßt uns alle, also weiße, schwarze, gelbe, braune und rote Menschen; Christen, Juden, Muselmanen, Buddhisten und Heiden; Reiche und Arme; Zivilisten und Militärs; Männer und Frauen; Alkoholiker und Abstinente; Gesunde und Krüppel; Royalisten und Republikaner, Bourgeois und Sozialisten; Ehrlich und „Sanatoren“. Wir sind wirklich zu viel, und es muß bezweifelt werden, ob es jemals ein zweites Ehepaar gegeben hätte, welche eine solche zahlreiche Nachkommenschaft aufweisen könnte, als Adam und Eva. —

Wenn es nicht solche Herren wie Julius Cäsar, Atilla, Napoleon, Czingis-Chan und andere ähnliche berühmte Männer gegeben hätte, würden wir bedeutend mehr sein, sogar ohne Zurechnung der zusammgelegten Zinsen von dem Kapital, welches in langen Kriegen, sowie in dem letzten, dem kostspieligsten und blutigsten verloren ging.

Man muß doch bedenken, daß dieses Kapital an Menschen — trotz Verschiedenheit der Valuten — hoch verzinst ist. Die Dividende für das vergangene Jahr betrug auf der ganzen Erdfugel an Valuten — 20 Millionen, wovon auf Polen allein 450—500 000 entfallen. Dieser Zuwachs erschreckt uns nicht. Wir denken: die Erde ist so groß, und schafft so viel Platz und Brot, daß es für alle reichen müßte.

Außer einigen auf gut proletarisch und weltrevolutionär aufgemachten älteren Schrauben mit netzlichen Jakobiner-mühen sah man eine Schak von Mastgänsen, die watschelig ihr Fett spazieren führten. Unter ihnen eine Anzahl, die mit wertvollen Wolljumpern in der Farbe der Unschuld gekleidet war. Unter den Jumpern wuppte weniger das Herz als der Fettsäfen. Der Marsch stimmte uns mitleidig, denn konnte man bei der roten „Dämlichkeit“ von Gewatzigeln sprechen, so mußte man bei den Männern sagen, daß von einem revolutionären Schritt nichts zu merken war.

Die Kommune hat auch nichts mehr zu bestellen, daß wissen die Jungs wie die „Jungfern“ genau. Im übrigen ist es eine Schande, daß das moskowitzische Verbrechergesindel in deutschen Straßen demonstrieren darf. Mag das Pack nach dem besungenen Sowjetparadies ziehen!

Ziegen, Gänse, Verbrechergesindel und Pack — das ist die wahre Meinung der Nazis von der Arbeitermutter und Arbeiterfrau. Das ist der Geist, aus dem heraus die Nazis den Müttern kriegsgefallener Arbeiter gemeinste Beleidigungen zuriefen, die sie trotz aller Ablehnungsversuche durch derartige gemeine Artikel immer von neuem bestätigten. (Berliner „Vorwärts“.)

Steuereffaktionen auch bei Nacht und an Feiertagen.

Ein Paragraph der neuen Verordnung über das Exekutionsverfahren läßt Pfändungen für Steuerrückstände auch an Feiertagen und auch bei Nacht zu, wobei in solchen Fällen eine besondere schriftliche Verfügung des Steueramtes erforderlich ist.

Die Schöpfer dieser drakonischen Verordnungen glauben noch immer, daß die Bürger zahlen können, sie wollen aber nicht zahlen, weil sie durch oppositionelle Agitatoren aufgehetzt sind. Sie können es in ihren Dickschädeln nicht begreifen, daß die Steuerpumpe schon alle Lebensäfte aus der Bevölkerung herausgepumpt hat. In den sechs Jahren der „sanatorischen“ Steuerexperimente konnte sogar schon eine reichere Bevölkerung, als jene Polens verarmen. Die Beunruhigung der Steuerträger bei Nacht und an Feiertagen wird der Sanacja auch nicht mehr helfen.

„Süßer, kleiner Mörder!“

Deutschland erwache! Du verschläfst sonst deine Erneuerung durch das Hakenkreuz. Da hat der 23jährige Nationalsozialist Thomas aus Beuthen, „SA“-Mann natürlich, den Kaufmann Walter aus Dels in dessen Auto bestialisch ermordet und hinterher beraubt. Und das Bräutchen des „SA“-Mannes hat ihm nachher einen Brief geschrieben, der mit den Worten schließt: „Auf Wiedersehen, mein süßer, kleiner Mörder!“

Und wenn es nicht reicht, so nur deshalb, weil manche Menschen sich zu sehr breit machen und zu viel fressen.

Eben diese Breitmacher und großen Fresser schreien oft, daß es deshalb schlecht auf der Welt ist, weil es zu viel Menschen gibt. — „Gut“, sagen wir, „sind es zu viel, dann verschwinde Du!“ — „Warum ich?“ — „Warum verkündest du eine solche Theorie? Uebrigens bleibe und stimme der Geburtenregelung zu!“ — „Geburtenregelung? Nein, das ist eine Sünde!“ — Aber ihnen geht es nicht um die Sünde, sondern um das Geschäft. Es mögen wie am meisten Menschen geboren werden, aber den entstehenden Ueberschuß mögen die Kriege regeln. Denn der Krieg ist auch ein Geschäft, sogar ein sehr gutes. — Zwar hat der letzte Weltkrieg gezeigt, daß die Kriege aufgehört haben ein gutes Geschäft zu sein, aber nicht alle unter „unseren Herzallerliebsten“ geben sich Rechenschaft darüber und denken gar nicht daran, daß, wenn sie einen neuen Weltkriegsbrand entfachen, sie selbst vor allem zum Opfer fallen würden.

Unter diesen über zwei Milliarden weißen, schwarzen, gelben, braunen und roten Menschen will die ungeheuer übergroße Mehrheit das Stück Brot in Ruhe genießen. Nur ein verschwindendes Häuflein der Breitmacher und gieriger Fresser glaubt, daß es an Platz als auch an Brot mangelt. Die Chancen sind nicht gleich. Daher Vorsicht!

X. V. Z. („Robotnik“.)

Deutschland erwache! Du verschläfst sonst raue Kämpfer, sittliche Erneuerer und süße, kleine Latenzmörder.

Diese Notiz stand am 14. November 1931 in unserer Langenbiewauer Parteizeitung „Der Proletarier“. Wir haben dem kein Wort hinzuzufügen!

Nationalsozialisten überfallen Volkshaus.

Ein Reichsbannermann getötet.

Bunzlau. Etwa 800 SA-Leute, die auf Pastrastwagen von einer Versammlung in Liegnitz heimkehrten, bei der Hitler persönlich gesprochen hatte, überfielen bei der Durchfahrt durch Bunzlau das „Volkshaus“. Auf einem Signalpfeiff sprangen die SA-Männer von den Wagen und versuchten, durch zwei Türen einzudringen.

Der vor dem Volkshaus postierte Reichsbannermann Schreiber wurde von den Nationalsozialisten erschossen.

Bei der schweren Schlägerei wurden die eingedrungenen SA-Männer aus dem Volkshaus hinausgedrängt, zwölf Reichsbannleute und drei SA-Männer durch Stiche und Stöße zum Teil schwer verletzt. Die Polizei nahm mehrere Nationalsozialisten fest.

Handballecke

Zu den Meisterschaften im Bezirk Bielsko haben fünf Mannschaften ihre Meldung zugesagt, daher ist die Reihenfolge der Wettspiele folgende: 30. Juli A. T. B. Vorwärts gegen Sila Bielsko. 6. August J. T. Mikuszowice — A. J. Bielsko. 11. August A. J. Bielsko — Sila Bielsko. 14. August J. A. Aleksandrowice — J. T. Mikuszowice. 21. August Sila Bielsko — J. A. Aleksandrowice. 27. August J. T. Mikuszowice — A. T. B. Vorwärts. 3. September A. T. B. Vorwärts — J. A. Bielsko. 3. September Sila Bielsko — J. T. Mikuszowice. 10. September J. A. Aleksandrowice — A. T. B. Vorwärts. 17. J. A. Bielsko — J. A. Aleksandrowice. Alles Nähere über die Meisterschaften wird in der Presse sowie an den Plakaten bekannt gegeben werden. Der Bezirksspielfwart.

„Wo die Pflicht ruft!“

Wochen-Programm des Vereins Jugendl. Arbeiter, Bielsko, Donnerstag, den 28. Juli, 4 Uhr: Handballtraining. Freitag, den 29. Juli, 7 Uhr: Theaterprobe und Jugendspiel.

Samstag, den 30. Juli, 5 Uhr: Revision. Sonntag, den 31. Juli, 1 Uhr: Abmarsch nach Kamik zum 20jährigen Gründungsfest der jugendlichen Arbeiter.

Naturfreunde-Familienausflug am Dlabi!d. Am Sonntag, den 7. August d. Js. veranstalten die „Naturfreunde“ von Bielik und Alexanderfeld einen gemeinsamen Familienausflug am Dlabi!d (Halamas Wäldchen), wozu schon jetzt an sämtliche Freunde die Einladung ergeht. Der A. G. B. „Frohinn“ hat seine Mitwirkung in freundlicher Weise zugesagt. Für Belustigungen für jung und alt sorgt ein rühriges Komitee.

Talstation der „Naturfreunde“. In Brenna Gasthaus Lajar wurde eine Touristen-Talstation gebildet, wo Touristen gästliche Aufnahme finden.

Achtung Arbeitergesangsvereine! Am Freitag, den 29. Juli, findet um 5 Uhr nachmittags im Bielikzer Arbeiterheim eine Gauprobe für das Gründungsfest des Vereines jugendlicher Arbeiter in Kamik statt. Die Sängerinnen und Sänger wollen vollständig erscheinen. Material von: „Entflieh mit mir“, „Sozialistenmarsch“ im Gem. Chor, „Empor zum Licht“ und „Ein Mann ein Wort“ im Männerchor ist mitzubringen. Die Gauleitung.

A. G. B. „Einigkeit“ Alexanderfeld. Die 1. Singstunde nach den Ferien findet am Freitag, den 29. Juli, um 8 Uhr abends statt. Die Sangesbrüder werden ersucht, bei derselben vollständig zu erscheinen.

Verein jugendl. Arbeiter Kamik. Am Sonntag, den 31. Juli 1932 veranstaltet obgenannter Verein im Garten des Gemeindegasthauses in Kamik sein 20jähr. Bestandsfest zu welchem alle Genossen und Genossinnen sowie Freunde und Gönner auf das herzlichste eingeladen werden. Eintritt 50 Groschen pro Person. Beginn 2 Uhr nachm. Außerdem findet ein Preisfestgeschieben am 17., 24. und 31. Juli l. J. statt. Sämtliche Brudervereine werden ersucht, sich diesen Tag freizubehalten. Der Festausschuß.

Voranzeige. Die Vereine jugendl. Arbeiter veranstalten am 21. August l. J. in Lipnik (2 Minuten oberhalb dem Jägerhaus) ein Bezirksjugendtreffen zu welchem schon jetzt alle Parteigenossen und Mitglieder der Gewerkschaften sowie aller soz. Kulturvereine herzlich eingeladen werden. Sämtliche Organisationen werden ersucht an diesem Tage keine Festlichkeiten zu veranstalten und sich an diesem Treffen zu beteiligen. Das Komitee.

